

Stadt Bramsche

**Protokoll
über die 2. Sitzung des Rates
vom 08.12.2016
Ratsaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche**

Anwesend:

Bürgermeister

Herr BGM Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen

Herr Ralf Bergander

Herr Stephan Bergmann

abwesend ab TOP 7

Frau Roswitha Brinkhus

Herr Maximilian Busch

Frau Annegret Christ-Schneider

Herr Alexander Dohe

Herr Karl-Georg Görtemöller

Frau Bianka Grauert

Frau Anke Hennig

Herr Klaus Kossak

Herr Christian Lübbe

Frau Anette Marewitz

Herr Oliver Neils

Herr Torsten Neumann

Frau Silke Schäfer

Herr Horst Sievert

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borcharding

Frau Monika Bruning

Herr Jan-Gerd Bührmann

Herr Rainer Höveler

Herr Heiner Hundeling

Frau Imke Märkl

Frau Elisabeth Nagels

Herr Andreas Quebbemann

Herr Ernst-August Rothert

Frau Dagmar Völkemann

Frau Katrin von Dreele

Mitglieder Fraktion B 90/DieGrünen

Herr Michael Kruse

Frau Barbara Pöppe

Herr Dieter Sieksmeyer

Herr Dr. Marius Thye

Frau Miriam Thye

Mitglieder FDP-Fraktion

Herr Jan Beinke

Herr Jürgen Kieseckamp

Frau Anette Staas-Niemeyer

Mitglieder Fraktion Die LINKE

Herr Josef Riepe

Herr Bernhard Rohe

Verwaltung

Herr LSBD Hartmut Greife

Frau Ruth Große-Brauckmann

Herr Udo Müller

Herr Klaus Sandhaus

Herr ESTR Ulrich Willems

Protokollführerin

Frau Anna Maria Wernsing

Abwesend:

./.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 22:46 Uhr

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHE SITZUNG

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
- 3 Bericht des Bürgermeisters
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche
- 5.1 Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Antrag auf Durchführung einer Elternbefragung an den Bramscher Grundschulen WP 16-21/0049
- 5.2 Antrag SPD Fraktion - Prüfung auf Erhaltung eines vielfältigen Schulangebotes in Bramsche durch Einrichtung einer Oberschule WP 16-21/0033
- 5.3 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche WP 16-21/0048
- 6 Einbringung des Haushalts 2017
- 7 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren WP 16-21/0041
- 8 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, WP 16-21/0028

Ortsfeuerwehr Sögel

- | | | |
|----|--|---------------|
| 9 | Wirtschaftsplan 2017 für den Abwasserbeseitigungsbetrieb | WP 16-21/0024 |
| 10 | 15. Änderungssatzung zur Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung | WP 16-21/0022 |
| 11 | 16. Änderungssatzung zur Satzung über Gebühren für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen (Gebührensatzung für Grundstücksabwasseranlagen) | WP 16-21/0023 |
| 12 | Überplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2016 für Umbaumaßnahmen im Schulgebäude Heinrichstraße in Höhe von 60.000 € - 21201-0232000 – Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen bei Schulen | WP 16-21/0053 |
| 13 | Bebauungsplan Nr. 102 "Industriegebiet östlich der B 68", mit örtlichen Bauvorschriften, 2. Änderung - Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) | WP 16-21/0035 |
| 14 | - Bezugsvorlage WP 11-16/933,
Beschluss über eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Wiederherstellung der Sportplatzbeleuchtung in Achmer | WP 16-21/0051 |
| 15 | Beantwortung von Anfragen | |
| 16 | Anfragen und Anregungen | |
| 17 | Einwohnerfragestunde | |

ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

RV Brinkhus begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Die Genehmigung des Protokolls vom 03.11.2016, TOP 3, wird von der Tagesordnung genommen, da dieses noch nicht vorliegt.

Des Weiteren wird der Tagesordnungspunkt 11, Vorlage WP 11-16/1012, Entlastung Betriebsleitungsleitung ABB Geschäftsjahr 2015, von der Tagesordnung genommen und in die nächste Sitzung des Rates, am 20.12.2016 vertagt.

TOP 3 Bericht des Bürgermeisters

BGM Pahlmann berichtet vom Spendengremium der LAB und von der letzten Bürgermeisterkonferenz.

Das Spendengremium wurde auf Grund der Änderungen der Bestzungen im Rat ebenfalls neu besetzt.

Die Mitglieder des Spendengremiums sind: Herrn Dierker sowie BGM Pahlmann. RM Dohe, RM von Dreele sind seit dieser Legislaturperiode für Herrn Wahlers und Frau Hartong dazukommen. Das Gremium hat von der Firma Dallmann eine Spende in Höhe von 4.000,-€ erhalten. Davon sind 1000,-€ zur freien Verfügung des gesamten Netzwerkes LAB bestimmt. Jeweils 1000,-€ wurden für den Willkommenstank – Frau Althoff, dem Verein Amal e.V., sowie der Freizeit für Flüchtlingskinder zur Verfügung gestellt. BGM Pahlmann bedankt sich noch einmal herzlich für die großzügige Spende und gibt bekannt, dass sich der Kontostand momentan auf 6.259,-€ beläuft.

BGM Pahlmann berichtet, dass er in der Bürgermeisterkonferenz in den Landespräventionsrat gewählt worden ist.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Baier fragt an, ob es der Regelfall sei, dass bei bituminösen Straßen, ohne Zwangsentwässerung, der Seitenraum höher gebaut wird als die Fahrbahn.

LSBD Greife trägt vor, dass im Außenbereich die Seitenräume der Fahrbahnen teilweise befestigt, aber auch unbefestigt sind. Im Laufe der Zeit kann es dazu kommen, dass sich der Seitenraum aufbaut. Daher werden bei städtischen Flächen regelmäßig einmal im Jahr die Seitenräume abgefräst. Sofern es sich um eine private Fläche handelt, ist der Eigentümer für die Pflege der Fahrbahn selbst verantwortlich.

Die Klassensprecherinnen der 9. Klasse der Realschule Bramsche fragen an, ob es stimme, dass ab dem ersten Tage der Oberschule auf dem Zeugnis nicht mehr der Name „Realschule Bramsche“ auf dem Zeugnis steht, sondern Oberschule, auch wenn die Schüler diese Schule gar nicht besucht haben.

ESTR Willems erklärt, dass auf dem Zeugnis einer Schule zunächst der Name der Schule steht, dies könnte der Name „Oberschule XY“ sein. Als zweites steht der Zweig auf dem Zeugnis, dies kann „Hauptschule“ oder „Realschule“ sein.

Herr Lahberg fragt an ob, es korrekt sei, dass die Oberschule eventuell auch bezogen auf die vorhandenen Anmeldungen für die Haupt- und Realschule dreizügig pro Jahrgang geplant wird?

ESTR Willems erwidert, dass nur von den vorhandenen Schülerzahlen ausgegangen werden kann. Erst wenn die Schule da sei, könne man anhand der Anmeldezahlen ersehen, welche Zügigkeit erreicht werden kann.

Herr Lahberg fragt an, ob es korrekt sei, dass in der Heinrichstraße abzüglich der Fachunterrichtsräume 13. Klassenräume vorhanden sind. Welche Baumaßnahmen plant die Stadt Bramsche in den nächsten drei Jahren während der Übersiedelung der Realschüler hinsichtlich der Schaffung von Klassenräumen und einer Pausenhalle für Schlechtwettertage. Weil bei Vollbesetzung müssten, nach Rechnung der meisten Eltern, 17. Klassen vorhanden sein.

ESTR Willems berichtet, dass im nächsten Schuljahr dem Schulgebäude an der Heinrichstraße 17 Unterrichtsräume zur Verfügung stehen. Die Verwaltung werde dem Rat später entsprechende Vorschläge machen, wie die Gebäudekapazität insgesamt verändert, bzw. erhöht werden kann.

Herr Larberg erkundigt sich, ob es richtig sei, dass die Stadt Bramsche für Schüler, die weiterhin eine Realschule besuchen möchten, bei nicht vorhanden sein einer solchen Schulform im Stadtgebiet, einen Transportdienst zur nächst möglichen Schule organisieren und finanzieren muss.

ESTR Willems verneint dies.

Es folgen weitere Fragen von Einwohnern, diese sollen jedoch zum entsprechenden Tagesordnungspunkt geklärt werden:

- Warum soll die Schule aufgelöst werden?
- Handelt es sich um eine rein politische Entscheidung?
- Warum findet keine Befragung der Eltern statt?
- Wird das Leistungsniveau für die Realschüler herabgesenkt und das der Hauptschüler heraufgesetzt in einer Oberschule? Wird dadurch der Wechsel von Realschülern zum Gymnasium erschwert?
- Sofern sich die Eltern für eine andere Schule, die nicht im Schulbezirk der Stadt Bramsche liegt entscheiden, wer übernimmt die Transportkosten?

Herr Wittemann spricht die Parksituation am Grünegräser Weg vor dem Gebäude der Heilpädagogischen Hilfe an und erkundigt sich, ob man weitere Parkplätze einrichten könne.

LSBD Greife erklärt, dass die Problematik bekannt sei, man werde mit der Heilpädagogischen Hilfe noch einmal sprechen.

Eine Einwohnerin stellt die Frage, warum die Oberschule nun so schnell beschlossen werden soll.

ESTR Willems erklärt, dass es vermutlich die begründete Befürchtung gebe, je länger man warte, desto schwieriger würden die Chancen für eine neue Schule werden. Noch habe man die Chance, aus der Hauptschule und der Realschule eine funktionsfähige Oberschule zu entwickeln.

RM Neils beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

RV Brinkhus unterbricht die Sitzung ab 19:05 Uhr.

Die Sitzung wird ab 19:16 Uhr fortgeführt.

RM Beinke stellt im Namen der FPD-Fraktion den Geschäftsordnungsantrag den Tagesordnungspunkt, zum Thema Oberschule zu vertagen, da es noch viele ungeklärte Fragen bei den Anwohnern gebe.

RM Dr. Thye beantragt für die Grünen die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.3 von der Tagesordnung zu nehmen, da noch viele Anfragen offen seien. Des Weiteren soll der TOP 8.2 auf der Tagesordnung verbleiben.

RM Neils beantragt im Namen der SPD-Fraktion, dass über den TOP 8 in der vorliegenden Reihenfolge abgestimmt wird. Seit vielen Jahren werde über die Oberschule, Realschule und Hauptschule – auch während des Wahlkampfes – diskutiert. Nun wolle man gegen diese Pläne mobil machen. Man könne das Thema nun zur Abstimmung bringen.

RV Brinkhus lässt über den Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion den Tagesordnungspunkt, zum Thema Oberschule zu vertagen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen dafür
22 Stimmen dagegen

Damit ist der Antrag der FDP-Fraktion den Tagesordnungspunkt zu vertagen, abgelehnt.

RV Brinkhus lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.3 von der Tagesordnung zu nehmen, sowie den TOP 8.2 auf der Tagesordnung zu behalten, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür
20 Stimmen dagegen

Damit bleibt es bei der bestehenden Tagesordnung.

RV Brinkhus schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 „Einrichtung einer Oberschule in Bramsche“ vorzuziehen und nun als nächstes darüber abzustimmen.

Der Rat folgt diesem Vorschlag.

TOP 5 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche

RM Höveler trägt den Inhalt der drei Beschlussvorlagen der Vorlagen WP 16-21/0033, WP 16-21/0049 sowie WP 16-21/0048 vor.

RV Brinkhus schlägt vor, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst als erstes und als zweites den Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen.

RM Dr. Thye bittet die Einwohner genau zuzuhören, ob die Fragen die gestellt worden sind, beantwortet werden. Darüber hinaus fordert er den Rat auf, die Fragen zu beantworten, die durch die Einwohner gestellt worden sind.

RM Staas-Niemeyer erklärt, dass die FDP-Fraktion eine Koalitionsvereinbarung mit der SPD abgeschlossen hat. In vielen Punkten konnten beide Parteien Übereinstimmungen finden, in einigen Punkten war man sich uneins, dies betraf das Thema Oberschule in Bramsche. Die FDP-Fraktion ist in den Wahlkampf gezogen und sich zum Ziel gesetzt, die Vielfalt der Schullandschaft in Bramsche zu erhalten. In der Koalitionsvereinbarung sei festgehalten, dass unverzüglich und interfraktionellen Gesprächen zusammen mit der Landeschullandschaft einvernehmlich zu einer Lösung bis zur Ratssitzung im Dezember zu kommen. Diese Gespräche hätten nicht stattgefunden, stattdessen sei der Antrag der SPD auf Einrichtung einer Oberschule in Bramsche einseitig gestellt worden. Alle Schulformen würden soweit funktionieren, bis auf die Hauptschule, hier seien die Anmeldezahlen seit Einführung der IGS rückläufig. Die Realschule jedoch habe derzeit 62 Anmeldungen, die Eltern würden diese erhalten wollen. Die Lösung der SPD, eine Oberschule zu errichten, bedeute, die Realschule kaputt zu machen und die Hauptschule zu erhalten. Bramsche habe mit der IGS und der Oberschule zwei integrativ arbeitende Schulsysteme, die sich kaum voneinander unterscheiden würden, sofern jahrgangsbezogen unterrichtet werden würde. Derzeit sehe es jedoch so aus, als wenn nur die jetzigen Klassen weiterhin schulzweig bezogen unterrichtet werden würden, später gehe es gar nicht anders, dann werden Realschüler und Hauptschüler gemischt werden.

Die Entscheidung werde mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag auf die Schulleitung übertragen. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass die Realschule erhalten bleiben soll, man wisse nach so kurzer Zeit der Einführung der IGS noch nicht, wie sich die einzelnen Schulformen entwickeln werden. Die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der Grünen, eine Elternbefragung durchzuführen. Es solle keine Entscheidung übers Knie gebrochen werden.

RM Christ-Schneider berichtet, dass aus der Presse seit langem bekannt sei, wie die einzelnen Fraktionen zu der Einrichtung einer Oberschule in Bramsche stehen würden. Daher ist es verwunderlich, warum dieser Antrag nun so überrascht aufgenommen worden ist. Nach Einführung der IGS würden beide Schulen nicht mehr so gut funktionieren. Die Anmeldezahlen der Realschule seien zwar im Moment in Ordnung, aber man wisse nicht, wie es im nächsten Jahr aussehe. Ganz anders würde es sich mit der Hauptschule Bramsche verhalten, diese würde es wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr so geben. Die Schülerzahlen würden klar darstellen, dass weder die Haupt- noch die Realschule alleine weiter existieren können.

RM Christ-Schneider erläutert die Vorteile einer Oberschule, die die zusätzliche Stundenzahl der Lehrer, die didaktische Leitung der Oberschule sowie die Klassengröße betreffen. Zudem falle unter der Oberschule die Stigmatisierung der Hauptschüler weg. Unter dem Dach der Oberschule sei es möglich, sowohl den Realschul- als auch den Hauptschulabschluss zu erlangen. Vor Einführung der IGS hatte die Realschule 130 Anmeldungen, im Jahr der Einführung seien es nur noch 39 Anmeldungen. Momentan seien es 62 Anmeldungen. Es sei nicht übereilt, man solle sich aber fragen, warum mit allen Mitteln verhindert wird, dass eine Oberschule in Bramsche eingerichtet werden soll. Den Antrag der Grünen für die Durchführung einer Befragung der Eltern würde die SPD-Fraktion nicht unterstützen. Es gebe ein eindeutiges Votum des Stadtelternrats, der der Einrichtung einer Oberschule in Bramsche zustimme. Dieses wurde bislang noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Die Schulleitung der Realschule habe der Zusammenführung zugestimmt. Zur Einführung einer Oberschule würde es eine Planungsgruppe geben, die von der Landessschulbehörde begleitet werde. Die beiden kleinen Schulsysteme können nebeneinander nicht existieren, unter dem Dach der Oberschule haben jedoch beide Schulformen eine Chance für das zukünftige Bestehen.

RM Völkmann zeigt sich beeindruckt von der Beteiligung der Einwohner zu dieser Ratssitzung und erschüttert von der rot-roten Einigkeit, die Elternbefragung abzulehnen. Alle Argumente für die Oberschule würden sich auf Rechnungen beziehen: Schülerzahlen werden berechnet, Lehrerstunden und Funktionsstellen werden berechnet. Es gebe viele Elternfragen an die Verwaltung und an den Bürgermeister, jedoch gab es keine Antworten, obwohl es eine starke Verunsicherung der Eltern durch eine mangelnde Information vorhanden sei. Seit drei Jahren war das Thema Oberschule präsent, aber die SPD habe auch nicht zur Aufklärung beigetragen. Vor allem gehe es um Zahlen, wo jedoch bleibe der pädagogische Hintergrund und die Wünsche der Schülern und Eltern? Die wesentlichen Fragen der Einwohner seien bislang nicht beantwortet worden.

Da es sich um eine Änderung der Schulstruktur handele, solle man auch die Eltern befragen, deren Schüler davon betroffen seien. Der Antrag der SPD und die prompt folgende Verwaltungsvorlage lassen darauf schließen, dass die Pläne der Oberschule schon lange vorbereitet gewesen seien.

RM Riepe erinnert sich an den Streit über die Schließung der Hauptschule in Engter, nun wird wieder um eine Hauptschule diskutiert. Seine Befürchtung gehe dahin, dass man sich in wenigen Jahren wieder um das Überleben einer Schule unterhalten wird, dann wird es um die Realschule gehen. Damit beide Schulen existieren können, stimme die Fraktion Die Linken für eine Oberschule. Die Linke möchte die Oberschule in Bramsche einrichten, um ein längeres gemeinsames Lernen zu fördern und somit Absolventen zu Teamplayer zumachen. Des Weiteren werde sich die Linke dafür einsetzen an der IGS eine Sekundarbereich 2 einzurichten. Er ist der Auffassung, dass sich die Betriebe bei der Auswahl der Auszubildenden nicht darauf beziehen, ob es sich um eine Oberschule oder eine Realschule handelt. Wichtig seien die Kopfnoten. Es entstehe hier der Eindruck, dass die

Lehrerschaft der Realschule die Eltern beeinflusst haben könne, hier in so großer Zahl anwesend zu sein, denn von den Eltern der Hauptschüler sei wenig zu hören.

Er habe sowohl mit Realschullehrern als auch Hauptschullehrern gesprochen. Ein pensionierter Realschullehrer habe ihm erklärt, dass die Realschullehrer nicht mit Hauptschülern zusammenarbeiten wollen, daher käme der massive Widerstand. Ob dies eine gerechtfertigte Argumentation darstellt, solle in Frage gestellt werden.

RM Beinke stellt heraus, dass die Freien Demokraten für Selbstbestimmung und freie Entfaltung jedes Einzelnen stehen. Egal wie die Abstimmung heute ausgehen werde, er sich wünsche sich, dass alle Beteiligten das Beste aus der Situation machen und weiterhin gute Arbeit an ihren Schulen leisten. Den Vorwurf, dass der Antrag der SPD so plötzlich kam, verwirft er, da dies im Wahlprogramm der Partei stehen würde. Würde man objektiv an die Sache gehen, so muss man erkennen, dass die Hauptschule im Laufe der Zeit mit einem immer schlechter werdenden Ruf zu kämpfen hat. Das Schulsystem muss sich an diese Gegebenheiten anpassen. Die FDP habe in der Vergangenheit den Antrag der SPD, eine Oberschule einzurichten, abgelehnt. Vor drei Jahren wurde eine Pressemitteilung herausgegeben, in der die FDP-Fraktion sich vorstellen könne, eine Oberschule statt einer IGS einzurichten. Es sei fraglich, was man in Zukunft mit acht Schülern an der Hauptschule machen solle. Die FDP ist immer noch der Auffassung, dass die Haupt- und Realschule in der bestehenden Form erhalten bleiben sollen. Dennoch bezweifelt er, dass alle guten Dinge an der Haupt- und Realschule bei einer möglichen Überführung zu einer Oberschule schlecht gemacht werden. Seiner Auffassung nach, ist es eine Chance für die Hauptschüler in der Realschule partizipieren zu können.

RM Rohe bemerkt, dass die Grünen ihren Antrag bislang noch nicht begründet haben. Im Antrag ist vorgesehen, dass die Eltern der jetzigen Grundschüler befragt werden. Eine Befragung der jetzigen Eltern der Schüler sei nicht vorgesehen. Fraglich sei, ob diese Vorgehensweise ausreiche. Nach Auffassung der Linken solle man alle Betroffenen befragen, wenn man eine Befragung durchführe. Jedoch sei nicht klar, wer den Fragebogen erstelle, wer informiere und aufkläre und wer sich am Fragebogen beteiligen müsse, ob es eine Pflichtbefragung gebe. Des Weiteren würde es für die Auswertung der Befragung viele Interpretationsmöglichkeiten geben. Die Befürchtung bestehe, dass jeder die Befragung, ähnlich wie bei der Befragung zu IGS, so auslege, wie es gerade benötigt werde. Es handele sich bei der Frage der Einrichtung einer Oberschule nicht nur um eine Frage, die mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann, da es sich um eine komplexe Fragestellung handelt und so nicht umgesetzt werden kann. In diesem Falle solle man auf das Sprachrohr der Elternschaft, dem Stadtelternrat, zurückgreifen. Dieser habe bereits einer Oberschule zugestimmt.

RM Märkl lobt die mutigen Schülerinnen und Eltern, die sich getraut haben, im Rat das Wort zu ergreifen und Fragen in der Einwohnerfragestunde zu stellen. Leider habe die Verwaltung auf diese Fragen nur unzureichend antworten können. Sie stellt heraus, dass nur die jetzige 10. Klasse ein Haupt- bzw. Realschulzeugnis erhalten würde. Zukünftige Klassen würden ein Zeugnis der Oberschule erhalten. Das Votum des Stadtelternrates werde akzeptiert, jedoch sei dieser in die Irre geführt worden. Beispiele dafür wären: Der Antrag der Grünen sei dem Stadtelternrat nicht zugegangen. Hier spreche man von einer Verwaltungspanne. Des Weiteren gehe der Stadtelternrat sowie der Antrag der SPD von einer schulzweigbezogenen Oberschule aus, die so nicht umsetzbar sei. Die Dezernentin der Landesschulbehörde habe kein einziges Beispiel einer schulzweigbezogenen Oberschule ab Beginn Jahrgang 5, im gesamten Zuständigkeitsbereich als Beispiel nennen können, daher würde diese nicht existieren. Die 63 Realschüler und neun Hauptschüler hätten ein hervorragendes Lernumfeld, daher sei es fragwürdig, warum man diesen Umstand ändern wolle. In der Oberschule würden diese Schüler auf drei Klassen á 24 Schüler aufgeteilt. Im Bremen sei vor einigen Jahren die Einheitsschule eingerichtet worden. Wo sich Bremen im PISA-Vergleich stehe, sei bekannt.

RM Sieksmeyer erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde. Der Realschule würde es wieder gut gehen, jedoch stimme es, dass die Hauptschule weiterhin stark gefährdet sei. Nach Auskunft der Hauptschulleitung läge es vor allem daran, dass der Name „Hauptschule“ verbrannt sei. Die SPD wolle dem mit der Oberschule entgegenwirken, die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen würden diesem Antrag nicht zustimmen. Es gebe bereits ein integratives Schulsystem, die IGS. Sofern man eine Oberschule einrichten würde, würde die IGS von einer aufnehmenden zu einer abgrenzenden Schulform werden. Man könne Schüler ablehnen, aufgrund der festgelegten Vierzügigkeit, diese Schüler müssten dann zur Oberschule gehen. Eine freie Entscheidung von Eltern und Schülern sei so nicht gegeben, weil das Los darüber entscheidet. Somit würde die Oberschule zu einer „Resteschule“. Des Weiteren geht er weiter darauf ein, dass das Votum der Stadtelternschaft respektiert werde. Jedoch wolle er erneut erwähnen, dass der Antrag der Grünen nicht vorgelegen habe. Man solle den Bedarf feststellen und nicht aus einem ideologischen Sinne eine Veränderung vornehmen.

RM Marewitz berichtet von einem Leserbrief der in den Bramscher Nachrichten vom 07.12.2016. Sie geht auf die Fragen des Verfassers ein. Unter anderen geht der Verfasser auf die gute Fremdsprachenausbildung an der Realschule ein. Fraglich sei, ob damit unterstellt werden soll, dass an der Oberschule keine Fremdsprachen mehr gelehrt werden. Dies sei nicht so, da gemäß dem Grunderlass des Kultusministeriums Abs. 3 Pkt.2, Pkt. 5 eine zweite Fremdsprache ist als Wahlpflichtfremdsprache, bzw. als Pflichtfremdsprache ab dem 6. Schuljahr durchgängig an jeder Oberschule einzurichten sei. Würde man die restlichen Hauptschüler an der IGS oder an der Realschule unterbringen, wäre es im Prinzip auch wie eine Oberschule. Des Weiteren wurde viel auf die Schulabschlüsse eingegangen. Dies sei eindeutig geregelt: An der Oberschule könne man nach Abschluss der Sekundarbereich I sowohl den Hauptschulabschluss als auch der Realschulabschluss erwerben.

RM Höveler stellt heraus, dass das Thema zwar bei der SPD seit drei Jahren bekannt sei, jedoch nicht in den Köpfen der Eltern. Denn dort ist es erst seit dem 01.11.2016 präsent, mit dem Antrag der SPD. Das bedeute, dass sich erst seit 1 1/2 Monaten die Elternvertreter mit diesem Antrag beschäftigen können. Mitte November sei die Stadtelternratssitzung abgehalten worden, innerhalb dieser Zeit sei es nicht möglich gewesen, alle Eltern zu informieren, was es bedeutet, einer Oberschule einzurichten. Die Hauptschüler wollen nicht auf eine Realschule gehen, aber man habe auch nicht gefragt, ob die Realschüler auf eine Oberschule gehen wollen. Des Weiteren würde die Oberschule nur mit dem jetzigen Jahrgang schulzweigbezogen unterrichten, zukünftige Jahrgänge werden mit hoher Wahrscheinlichkeit jahrgangsbezogen unterrichtet werden, da es sich bei der Anzahl der Schüler nicht lohne, schulzweigbezogene Oberschulen einzurichten.

RM Miriam Thye fordert die Ratsmitglieder auf, darüber nachzudenken, ob das Wohl der Kinder bei der Entscheidungsfindung als Kriterium miteinbezogen werde. Darüber hinaus möchte sie einen Gedanken teilen: Eltern würden als psychologischer Faktor auch zum Erfolg der Schule beitragen. Mit welchem Gefühl die Eltern ihre Kinder in die Schule schicken, hat einen direkten Einfluss darauf, wie das Kind in dieser Schule lernt. Des Weiteren verstehe sie nicht, warum die Fraktion Die Linke zwar einer Erweiterung des Kreises der Befragten vorschläge, dann aber einer Befragung nicht zustimme. Eine solche Entscheidung könne nur unter diesen Voraussetzungen nicht getroffen werden.

ESTR Willems stellt klar, dass der Stadtelternrat nicht von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Es sei ausführlich über das Für und Wider der Einrichtung einer Oberschule in Bramsche diskutiert worden. Dem Stadtelternrat sei nicht der Antrag der SPD-Fraktion vorgelegt worden, sondern der Stadtelternrat wurde in der Sache beteiligt, da das Gremium gemäß Schulgesetz bei schulorganisatorischen Entscheidungen des Schulträgers beteiligt werden muss. Darüber hinaus sei über der Antrag der Grünen, obwohl er nicht auf der Tagesordnung stand, ausführlich im Stadtelternrat diskutiert worden. Es gehe nicht darum, ein zusätzliches integratives Schulsystem

neben der IGS zu schaffen, sondern darum, ob es möglich sei, auch noch in den nächsten 5-10 Jahren ein Schulsystem zu erhalten, das aus mehreren selbstständigen Sekundarschulen besteht. Diese Frage könne nicht nur von Eltern von Schulkindern der heutigen dritten und vierten Klasse entschieden werden. Daher gebe es das gewählte Gremium des Stadtelternrates, das sich damit befasst hat. Des Weiteren sei der Verwaltung vorgehalten worden, im vorausgehenden Gehorsam eine Vorlage erstellt zu haben. Es sei jedoch Aufgabe der Verwaltung, sofern die Politik Anträge stellt und beschließt, dann auch deutlich zu machen, welche Schritte zur Umsetzung notwendig sind. Daher stehe in der Beschlussvorlage auch „für den Fall einer positiven Beschlussfassung über den Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Oberschule werden (...) folgende weitere Verfahrensbeschlüsse erforderlich.“

RM Quebbemann ist der Auffassung, dass diese Entscheidung eine reine schulideologische Entscheidung sei. Die SPD und die Linken würden schulideologische Ziele mit der Einführung einer Einheitsschule verfolgen. Die CDU-Fraktion stehe jedoch für die maximale Wahlfreiheit der Eltern, damit auch für die Wahlfreiheit, auf welche Schule die Eltern ihre Kinder schicken. In Bramsche herrschten vor der IGS paradiesische Zustände, aber auch jetzt seien es noch paradiesische Zustände, da die Eltern ihre Kinder auf jede Schule schicken können und in der Hauptschule in kleinen Klassen gelernt werden könne.

Des Weiteren werde es in den nächsten fünf Jahren keine Sekundarbereich 2 an der IGS mit der CDU auf Kreistageebene geben. Man solle die Schüler, Eltern und Lehrer ein paar Jahre in Ruhe lassen und damit für Schulfrieden sorgen.

RM Kieseckamp erklärt, dass das Thema Schule schon immer emotional belastet sei. Er beantragt die geheime Abstimmung.

Die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterstützen den Antrag der FDP-Fraktion.

RM Neils erklärt, dass die Oberschule nicht so schlecht sei, wie sie dargestellt wurde. Sein Sohn sei selbst auf eine Oberschule gegangen und habe eine Ausbildungsstelle gefunden. Man könne jedoch nicht nur auf die Realschule blicken, man müsse auch auf den Erhalt der Hauptschule blicken. Daneben möchte er klarstellen, dass die Lehrerzahlen nicht nur an einer möglichen Oberschule gefährdet seien. Auch jetzt seien an Haupt- und Realschule Lehrerstellen abgeordnet worden und in den kommenden Monaten werden Lehrer versetzt. Zum Thema der Information der Eltern wird erklärt, dass die SPD einen Flyer flächendeckend in ganz Bramsche verteilt, sowie auf der Homepage Informationen bereitgestellt hat. Die SPD möchte auch den Schulfrieden, dabei soll aber weder Partei für die eine, noch für die andere Schule ergriffen werden. Die SPD-Fraktion ist der Ansicht, dass mit einer Oberschule ein gesichertes Schulangebot gegeben sei.

BGM Pahlmann zeigt sich unzufrieden, dass hier anscheinend viele Unterstellungen und Halbwahrheiten in die Diskussion um die Einrichtung einer Oberschule eingebracht worden sind und vorgeworfen wurde, dass einige Ratsmitglieder nicht richtig informiert seien. Er mache sich Gedanken darüber, ob wirklich so argumentiert wurde, wie es der Sache angemessen sei. Sofern man für eine Oberschule stimmen würde, gebe es eine Planungsgruppe, die aus Vertretern von Realschullehrern und Hauptschullehrern bestehen würde. Diese Planungsgruppe mache sich gemeinsam über zukünftiges Konzept der neuen Schule Gedanken. Bürger zu hören sei etwas anderes, als die Bürger entscheiden zu lassen. Im Rahmen der Kommunalwahl haben sich die Wähler und darunter auch die Eltern, die sich dafür interessiert haben, bewusst, wen sie wählen. Es sei die Aufgabe des Rats als demokratisch gewähltes Gremium so eine Entscheidung zu treffen. Er wünsche sich, dass egal wie die Entscheidung nun ausgehen werde, dass der Beschluss von allen akzeptiert wird.

RV Brinkhus lässt über den Antrag, den TOP 6 geheim abzustimmen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen dafür
 1 Stimme dagegen
 1 Enthaltung

Der Tagesordnungspunkt 6 wird geheim abgestimmt.

TOP 5.1 Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Antrag auf WP 16-21/0049
 Durchführung einer Elternbefragung an den Bramscher
 Grundschulen

Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Antrag auf Durchführung einer Elternbefragung an den Bramscher Grundschulen“ wird geheim abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 18 Stimmen dafür
 21 Stimmen dagegen

Damit ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

TOP 5.2 Antrag SPD Fraktion - Prüfung auf Erhaltung eines WP 16-21/0033
 vielfältigen Schulangebotes in Bramsche durch
 Einrichtung einer Oberschule

RV Brinkhus lässt über den Antrag der SPD-Fraktion, Vorlage WP 16-21/0033, geheim abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen dafür
 19 Stimmen dagegen
 1 Enthaltung

Damit wurde der Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt.

Da der Antrag der SPD abgelehnt wurde, erübrigt sich die Abstimmung über die damit gegenstandslose Verwaltungsvorlage (WP 16-21/0048).

TOP 5.3 Einrichtung einer Oberschule in Bramsche WP 16-21/0048

RM Quebbemann beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

RV Brinkhus unterbricht die Sitzung ab 22:00 Uhr.

Die Sitzung wird ab 22:04 Uhr fortgeführt.

RM Neils erklärt, dass es gut gewesen ist, dass es eine geheime Abstimmung gegeben hat. Es sollte kein Fraktionszwang bei dieser Abstimmung geben, jeder habe sich ein eigenes Bild machen können

und dementsprechend abstimmen können. Des Weiteren erklärt er, dass die SPD-Fraktion keinen weiteren Antrag auf Einrichtung einer Oberschule stellen werde.

TOP 6 Einbringung des Haushalts 2017

BGM Pahlmann erläutert die Einbringung des Haushaltes 2017 und weist auf die angespannte Finanzsituation der Stadt Bramsche, sowie die Wichtigkeit von Einsparmöglichkeiten hin. Viele Positionen, die die Pflichtaufgaben einer Kommune betreffen, könne man nicht beeinflussen. Darunter würde beispielsweise unter der Ausgabenseite beispielsweise Ausgaben für KITA-Plätze und auf der Einnahmeseite die Gewerbesteuer, fallen. Auch kann dieser Haushalt nur durch die Rücklage ausgeglichen werden. Dagegen wird der Jahresabschluss 2016 voraussichtlich, entgegen der Prognose des Haushaltsplanes 2016, positiv ausfallen. Nichts desto trotz müsse man jetzt wichtige Investitionen für die Zukunft tätigen, wie zum Beispiel die weitere Erschließung des Gewerbegebietes in Schleptrup, die Sanierung der DGA in Achmer und der Neubau des Feuerwehrgerätehauses in Engter.

Es folgt eine Präsentation der wichtigsten Haushaltsdaten, diese wird dem Protokoll beigelegt.

TOP 7 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren WP 16-21/0041

Beschlussvorschlag:

Die 4. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren für die Stadt Bramsche (Straßenreinigungsgebührensatzung) wird in der als Anlage beigelegten Fassung beschlossen:

RV Brinkhus lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0041 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 8 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, Ortsfeuerwehr Sögel WP 16-21/0028

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bramsche beschließt, Herrn Roland Graf zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bramsche, Ortsfeuerwehr Sögel, zu ernennen und für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

RM Rothert trägt den Inhalt der Beschlussvorlage WP 16-21/0028 vor.

RV Brinkhus lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0028 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2017 für den Abwasserbeseitigungsbetrieb der Stadt Bramsche wird in beigefügter Fassung beschlossen.

Zum Ausgleich des Vermögensplans ist eine Darlehensaufnahme von 752 T€ vorgesehen. Diese wird jedoch nur erfolgen, wenn die im Investitionsplan aufgeführten Maßnahmen auch tatsächlich zur Ausführung kommen und liquide Mittel nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite für das Wirtschaftsjahr 2017 wird auf 500 T€ festgesetzt.

RM Sieksmeyer erklärt, dass seine Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen wird. Man sei der Auffassung, dass dieses Geld nicht dem städtischen Haushalt zugeführt werden solle, sondern damit eine Investitionsrücklage gebildet werden soll, die dem Schuldenabbau des Abwasserbeseitigungsbetriebes dienen solle. Dies solle auch letztendlich den Gebührenzahlern zugutekommen. Für den städtischen Haushalt sei dies verkraftbar, da man in den nächsten Jahren wieder mit höheren Gewinnausschüttungen der Stadtwerke an den städtischen Haushalt rechnen könne.

RM Neils ist der Auffassung, dass die Gewinnausschüttung wichtig sei. Man sei auf diese angewiesen und werde dieser Vorlage zustimmen.

RV Brinkhus lässt über die Beschlussvorlage der Vorlage WP 16-21/0024 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 5 Stimmen dagegen

Beschlussvorschlag:

Die 15. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Bramsche (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung = AGS) vom 06.12.2001, zuletzt geändert am 10.12.2015, wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

RV Brinkhus lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0022 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen dafür
 11 Enthaltungen

TOP 13 Bebauungsplan Nr. 102 "Industriegebiet östlich der B 68", mit örtlichen Bauvorschriften, 2. Änderung WP 16-21/0035
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB)
- Bezugsvorlage WP 11-16/933,

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen des Planverfahrens vorgebrachten und soweit abwägungsbeachtlich – in der beigefügten Anlage aufgelisteten Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und jeweils entsprechend der Spalte „Abwägung/ Beschlussempfehlung“ beschieden. Die in der Anlage aufgeführten Stellungnahmen sind Bestandteil des Satzungsbeschlusses.
2. Der Bebauungsplan Nr. 102 „Industriegebiet östlich der B 68“, mit örtlichen Bauvorschriften, 2. Änderung, wird gemäß § 10 BauGB in der vorliegenden Fassung als Satzung beschlossen, zudem die beigefügte Begründung.

RV Brinkhus lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0035 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 14 Beschluss über eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Wiederherstellung der Sportplatzbeleuchtung in Achmer WP 16-21/0051

Beschlussvorschlag:

Für den Neubau der Flutlichtanlage auf dem Sportplatzgelände in Achmer wird über eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung eine Summe von 45.000,00 € zur Verfügung gestellt. Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 27101.0232000.271-10 (Umbaumaßnahmen Volkshochschule).

RV Brinkhus lässt über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 16-21/0051 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 15 Beantwortung von Anfragen

./.

TOP 16 Anfragen und Anregungen

RM Thye hat zum Thema Vergabe der Systemmöbel in der Stadtbücherei folgende Fragen:

1. Wer waren die Firmen, die angeschrieben wurden ein Angebot abzugeben?

2. Wann wurden Sie aufgefordert, ein Angebot abzugeben?
3. Wann lief die Frist ab, das Angebot abzugeben?
4. Wie sah der Aufforderungstext aus?
5. Wie schätzt die Verwaltung ein, warum es keine mehr verwertbaren Angebote gab?
6. Wie kann in Zukunft der Anteil der wertbaren Angebote erhöht werden?

Die Beantwortung der Anfrage wird dem Protokoll beigelegt.

RM Hundeling bittet Herrn Greife darum, dem Fachausschuss Informationen zur Grundwasserentnahme im Bereich Wittefeld vorzulegen und die Anhörungsfrist vom 15.12. zu verschieben.

LSBD Greife sagt dies zu.

RM Höveler habe der NOZ entnommen, dass die NordWestBahn einen neuen Fahrplan einführen wolle. Er fragt ab, ob Erkenntnisse darüber vorliegen würden, ob dadurch die Abfahrten der Bahnhöfe Achmer und Hesepe betroffen wären und ob es ggfls. zu Verschlechterungen kommen würde.

BGM Pahlmann erklärt, man werde mit der Landesnahverkehrsgesellschaft sprechen.

TOP 17 Einwohnerfragestunde

./.

RV Brinkhus bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Heiner Pahlmann
Bürgermeister

Roswitha Brinkhus
Vorsitzende

Anna Maria Wernsing
Protokollführerin